

WÜMME-ZEITUNG

MONTAG
1. NOVEMBER 2010

LOKALES

Ablehnung fällt ganz knapp aus

Ortsrat Hüttenbusch votiert gegen seine Abschaffung / Soll Worpswede fusionieren?

VON JOHANNES KESSELS

Worpswede-Hüttenbusch. Hätte nur ein Mitglied des Hüttenbuscher Ortsrats anders abgestimmt, das Gremium hätte sich für seine eigene Abschaffung ausgesprochen. So aber fiel das Ergebnis erwartungsgemäß aus, wenn auch knapp: Der Antrag des Worpsweder Bürgermeisters sowie der Fraktionsvorsitzenden der CDU und SPD im Gemeinderat, die Ortsräte in der Gemeinde durch Ortsvorsteher zu ersetzen, wurde abgelehnt. Aber vielleicht wird man sehr bald über eine noch viel einschneidendere Änderung diskutieren.

Bereits im Juli hatten Bürgermeister Stefan Schwenke, Stephan Kück-Lüers (CDU) und Andreas Uphoff (SPD) den Antrag gestellt, zum Beginn der nächsten Wahlperiode im November 2011 die Ortsräte von Worpswede, Hüttenbusch, Neu Sankt Jürgen und Ostersode abzuschaffen und in diesen Ortschaften genau wie in Überhamm, Waakhausen, Schlußdorf und Mevenstedt Ortsvorsteher einzusetzen. In Worpswede und Hüttenbusch sollen sie einen Stellvertreter erhalten. In den vier größeren Ortschaften soll mindestens einmal im Jahr eine Bürgerversammlung stattfinden.

36 Jahre nach der Gemeindereform seien die Ortschaften zusammengewachsen, sagte Stefan Schwenke. Die Bürger sollten direkter beteiligt werden als in Ortsratssitzungen möglich. In Bürgerversammlungen könnten Themen engagierter und intensiver behandelt werden, weil solche Versammlungen offener und basisdemokratischer verliefen. Außerdem gebe es in den Ortschaften Institutionen, die zur Meinungsbildung beitragen, in Hüttenbusch etwa den Dorfgesprächskreis und die Internetplattform „Dorfplatz Hüttenbusch“. Dass durch die Abschaffung der Ortsräte 37.000 Euro im Jahr gespart werden kön-

nen, ist ein weiterer Grund für den Bürgermeister. Aber er ging noch weiter: „Wir werden in Zukunft diskutieren müssen, ob Worpswede sich mit anderen Gemeinden zusammenschließt“, sagte er. Fusionen würden vom niedersächsischen Innenministerium forciert. Wenn sich Gemeinden zusammenschlossen, bekämen sie 75 Prozent ihrer Schulden erlassen.

Helmut Tietjen (CDU) sprach sich für den Erhalt der Ortsräte aus. Hüttenbusch habe 1900 Einwohner, die würden jetzt von neun Ortsratsmitgliedern vertreten, nicht nur von einem Ortsvorsteher und seinem Stellvertreter. Sein Fraktionskollege Friedrich-Karl Schröder dagegen meinte, Entscheidungen würden dadurch, dass sie

„Bürger haben Angst,
dass Hüttenbusch hinten
'runter fällt.“

Bürgermeister Waldemar Hartstock

auch im Ortsrat beraten werden müssten, oft verzögert. Allerdings sollten alle Ortsvorsteher einen Vertreter bekommen, die von Worpswede und Hüttenbusch je zwei.

Ilse-Marie Seijger von der Unabhängigen Wählergemeinschaft (UWG) findet es wichtig, dass ein Ortsrat das ganze politische Spektrum einer Ortschaft abdeckt. In den Ortsräten werde intensiv gearbeitet, und seine Mitglieder wüssten sehr gut Bescheid über das, wozu sie ihre Empfehlungen abgaben. Diese sollten aber nicht, wie zuweilen geschehen, vom Gemeinderat überstimmt werden. Stefan Böttjer (SPD) dagegen war für eine Abschaffung. Die Niedersächsische Gemeindeordnung lege

den Ortsräten ein Korsett an, das Diskussionen mit den Bürgern verhindere: In der Fragestunde dürften die Zuhörer nur Fragen stellen, keine Meinungen äußern – es sei denn, dass sie sie ganz geschickt in Frageform kleideten. Ortsbürgermeister Waldemar Hartstock (CDU) hat mit Bürgern gesprochen. „Die haben Angst, dass Hüttenbusch hinten 'runterfällt“, berichtete er. Man sei immer gut gefahren mit den Ortsräten, deshalb sollten sie erhalten bleiben.

Das fanden in der Abstimmung auch Irmgard Lütjen (SPD), Ilse-Marie Seijger, Helmut Tietjen und Friedel Grotheer (CDU). Für die Abschaffung stimmten vier der neun Ortsratsmitglieder: Friedrich-Karl Schröder, Stefan Thölken (CDU), Stefan Böttjer und Werner Günther (SPD).

Werner Günther hatte allerdings noch einen eigenen Antrag gestellt: Vor den Ortsratssitzungen in Hüttenbusch sollte eine einstündige Diskussionsrunde mit den Bürgern stattfinden. Was dort behandelt werde, solle entweder in die Tagesordnung aufgenommen oder an die Verwaltung weitergegeben werden. Es möge etwas seltsam erscheinen, dass er die Ortsräte abschaffen wolle und dann so einen Antrag stelle, gab Günther zu. Aber den Antrag habe er schon im Sommer eingereicht. Und wenn der Gemeinderat die Abschaffung der Ortsräte ablehne, müsse man sich eben Gedanken machen, wie man die Sitzungen bürgerfreundlicher gestalten. „Sonst haben die wieder nur die Fragestunde.“ Ilse-Marie Seijger schlug vor, die Behandlung des Antrags zu verschieben, bis der Gemeinderat entschieden habe. Dem schloss Helmut Tietjen sich an, der zu bedenken gab, dass ein Sitzungsbeginn um 18.30 Uhr für Berufstätige nur schlecht zu schaffen sei. Bei Enthaltung von Werner Günther wurde eine Behandlung schließlich einstimmig vertagt.